

Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin

Tagesordnungspunkt

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich	
<input type="checkbox"/> nicht öffentlich	

Datum: 27.11.2018

Ergänzungsantrag

Antragsteller	DIE LINKE, CDU- Fraktion, SPD- Fraktion, Bünd- nis 90/DIE GRÜNEN, Unabhängige Bürger
Bearbeiter:	
Telefon:	0385/545- 2957

Drucksache Nr.

--

Beratung und Beschlussfassung im		
Fachausschuss für		
<input type="checkbox"/> Finanzen und Rechnungsprüfung	<input type="checkbox"/> Hauptausschuss	<input type="checkbox"/> Stadtvertretung
<input type="checkbox"/> Bauen, Ordnung, Umwelt und Stadtentwicklung		
<input type="checkbox"/> Wirtschaftsförderung, Tourismus und Liegenschaften		
<input type="checkbox"/> Soziales und Wohnen		
<input type="checkbox"/> Kultur, Sport und Schule		
<input type="checkbox"/> Verwaltungsmodernisierung und Umlandbeziehungen		
<input type="checkbox"/>		
Beschluss am:		

Betreff

Ergänzungsantrag zu DS 01555/2018 - Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Schwerin für den Doppelhaushalt 2019/2020
--

Beschlussvorschlag

Die Stadtvertretung möge beschließen: Der Beschlussvorschlag wird um einen Punkt 5 mit folgendem Wortlaut ergänzt: 5. Die Stadtvertretung beschließt die als Anlage beigefügte Entschließung: „Landeshauptstadt Schwerin bei der Integration von Flüchtlingen zukünftig finanziell besser unterstützen“.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Henning Foerster
Fraktionsvorsitzender
DIE LINKE

Sebastian Ehlers
Fraktionsvorsitzender
CDU-Fraktion

Christian Masch
Fraktionsvorsitzender
SPD

Silvio Horn
Fraktionsvorsitzender
Unabhängige Bürger

Cornelia Nagel
Fraktionsvorsitzende
Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Anlage

EntschlieÙung

Landeshauptstadt Schwerin bei der Integration von Flüchtlingen zukünftig besser unterstützen

Aktuelle Zahlen im Haushalt zeigen, dass die Landeshauptstadt Schwerin 2019 und 2020 jeweils ca. 3,8 Millionen Euro für die Integration von Flüchtlingen aus eigenen Mitteln aufbringen muss. Bereits in den beiden Vorjahren waren es zusammen bereits ca. 8 Millionen Euro.

Vor diesem Hintergrund möge die Stadtvertretung beschließen:

1. Die Stadtvertretung erwartet vom Land Mecklenburg-Vorpommern, die zugesagte volle Kostenübernahme für die Integration von Flüchtlingen umgehend umzusetzen und unterstützt in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Forderung des Oberbürgermeisters, den Verteilungsschlüssel für die Bundesmittel zwischen Land und Kommunen so zu verändern, dass er an die reale Lastenverteilung zwischen den Aufgabenträgern angepasst wird.
2. Zur Unterstützung der Konsolidierungsbemühungen der Landeshauptstadt Schwerin wird der Oberbürgermeister daher beauftragt, entsprechende Gespräche mit der Landesregierung zu führen.